

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Mürzzuschlag hat in seiner Sitzung vom 16.12.2021 gemäß § 7 Kanalabgabengesetz 1955, LGBl.Nr. 71, in der letzten Fassung LGBl.Nr. 149/2016 und aufgrund der Ermächtigung gemäß § 8 Abs. 5 des Finanzverfassungsgesetzes 1948 BGLB Nr. 45/1948 i.d.F. BGBl I Nr. 100/2003 nachstehende Änderung der

Kanalabgabenordnung

beschlossen.

§ 1

Abgabeberechtigung

Für die öffentliche Kanalanlage werden aufgrund der Ermächtigung des § 8 Abs. 5 Finanzverfassungsgesetzes 1948, BGBl.Nr. 45, und aufgrund des Kanalabgabengesetzes 1955 Kanalisationsbeiträge und Kanalbenützungsgebühren nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Verordnung erhoben.

§ 2

Kanalisationsbeitrag

Für die Entstehung des Abgabenanspruches, die Ermittlung der Bemessungsgrundlage, die Höhe der Abgabe, die Inanspruchnahme des Abgabepflichtigen sowie die Haftung und die Strafen gelten die Bestimmungen des Kanalabgabengesetzes 1955.

§ 3

Höhe des Einheitssatzes

(1) Die Höhe des Einheitssatzes gemäß § 4, Abs. 2 des Kanalabgabengesetzes 1955 für die Berechnung des Kanalisationsbeitrages beträgt 4,21 % der durchschnittlichen ortsüblichen Baukosten je Laufmeter der öffentlichen Kanalanlage, somit für Schmutzwasserkanäle EUR 9,34.

(2) Dieser Festsetzung liegen Gesamtbaukosten von EUR 13.180.517,50 vermindert um die aus Bundes- und Landesmitteln in der Höhe von EUR 296.027,82 gewährten Beiträge und Zuschüsse, somit eine Baukostensumme von EUR 12.884.489,68 und eine Gesamtlänge des öffentlichen Kanals von 58.131,30 m zugrunde.

§ 4

Kanalbenützungsgebühr

(1) Die jährliche Kanalbenützungsgebühr (§ 6 Kanalabgabengesetz 1955) ist für alle im Gemeindegebiet gelegenen Liegenschaften zu leisten, die an den öffentlichen Kanal angeschlossen sind.

(2) Die Kanalbenützungsgebühr wird nach dem durch den Wasserzähler festgestellten tatsächlichen Wasserverbrauch in m³ eingehoben.

(3) Ist der Einbau eines Wasserzählers nicht möglich wird für die Festsetzung der Kanalbenützungsgebühr eine Pauschale im Ausmaß von 60 m³ für den ersten Bewohner und 40 m³ für jede weitere Person zur Verrechnung gebracht.

Für die Berechnung wird die maximale Personenanzahl des Haushaltes im Verrechnungsjahr herangezogen.

(4) Die Höhe der Kanalbenützungsgebühren wird mit 2,80 EUR / m³ verbrauchten Trink- oder Nutzwassers festgesetzt.

(5) Für Objekte mit einer zur Verrechnung kommenden Wassermenge von weniger als 40 m³ pro Jahr wird eine Kanalbenützungsgebühr von 40 m³ als Bereitstellungsgebühr festgesetzt.

§ 4a **Wertsicherung**

Die Kanalbenützungsgebühr gemäß § 4 unterliegt der Wertsicherung gemäß § 71a Abs. 2 der Stmk. Gemeindeordnung 1967 i.d.g.F.

§ 5 **Gebührenpflichtige, Entstehung der Gebührenschuld, Fälligkeit**

(1) Zur Entrichtung der Kanalbenützungsgebühr und der Bereitstellungsgebühr ist der Eigentümer der an die öffentliche Kanalanlage angeschlossenen Liegenschaft, sofern dieser aber mit dem Bauwerkseigentümer nicht identisch ist, der Eigentümer der an die öffentliche Kanalanlage angeschlossenen Baulichkeit verpflichtet.

(2) Die Gebührenschuld für die Kanalbenutzung entsteht mit dem Ersten des Monats, in dem die Liegenschaft an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen wird.

(3) Die jährliche Kanalbenützungsgebühr ist in vier Teilbeträgen und zwar jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig.

§ 6 **Umsatzsteuer**

Allen vorgenannten Beiträgen und Gebühren ist die gesetzliche Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

§ 7 **Veränderungsanzeige**

Treten nach Zustellung des Abgabenbescheides derartige Veränderungen ein, dass die demselben zugrunde gelegenen Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, so hat der Abgabepflichtige dieser Veränderungen binnen 4 Wochen nach ihrem Eintritt oder Bekanntwerden der Gemeinde schriftlich anzuzeigen.

§ 8 **Inkrafttreten**

Diese Verordnungsänderung tritt mit 1.1.2022 in Kraft.